

Niederschrift zur 23. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 6. April 2017 um 19:00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:00 Uhr

Vorsitzender: OAL Heiko Dornstedt
Schriftführerin: Maren Zilm

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 21. Sitzung vom 9. Februar 2017 und der 22. Sitzung vom 9. März 2017
3. Weitere Entwicklung der Sportanlagen Oeversberg
4. Sachstand Hartmannstift
5. Das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus seit der Sanierung 2012
 - Programmentwicklung
 - Öffnungszeiten
 - Mittagstisch
6. Anträge und Anfragen der Parteien
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Mitteilungen des Beiratssprechers
9. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Eyfer Tunc ab 19:15 Uhr	Hans-Albert Riskalla
Peter Fahsing ab 19:07 Uhr	Klaus-Dieter Bless
Wilfried Sulimma	Torsten Bullmahn
Gabriele Jäckel	Cord Degenhard
Dr. Jürgen Hartwig	Brigitte Palicki
Dr. Hans-Stephan Schlenker	Günter Kiener
Thomas Pörschke	

Es fehlt:

Marvin Mergard
Sabri Kurt
Greta Frenzel
Joachim Riebau

Weitere Gäste:

Herr Hafke	Bauamt Bremen-Nord
Frau Gessner	Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Frau Precht	Sportamt
Frau Oltmanns	Immobilien Bremen
Herr Fink	Senator für Kultur
Herr Prieser	Kulturbüro
Herr Wenke	Kulturbüro
Frau Preuschoff	Gustav-Heinemann-Bürgerhaus

Herr Dornstedt begrüßt die Gäste und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Herr Dornstedt teilt mit, dass der Beirat Vegesack am kommenden Wochenende seine Partnerstadt Warnemünde besuchen wird.

Herr Dornstedt berichtet, dass auch in diesem Jahr der Hilde Adolf Preis vergeben werden soll und informiert über den Förderschwerpunkt 2017 und das Motto „Demokratie. Einfach selber machen“. Weitere Informationen sind unter www.buergerstiftung-bremen.de zu finden.

Es liegt eine Anliegerinformation der Polizei vor.

Die Brücke über der Schönebecker Aue in der Str. Im Dorfe / Braut-Eichen wird aufgrund des Brückenneubaues vom 10.04.2017 bis voraussichtlich Ende November 2017 für den Kraftfahrzeugverkehr voll gesperrt.

Hanse-Wasser hat das Ortsamt über den Neubau einer Druckentwässerung in der Milchstraße informiert. Es gibt dort noch drei Grundstücke, die nicht an die Kanalisation angeschlossen sind. Die Arbeiten sollen am 10.04.2017 beginnen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegen drei schriftliche Anträge vor:

Ein Bürger beantragt, die Fahrradspuren an der Kreuzung Hermann-Fortmann-Straße und Friedrich-Klippert-Straße zu entfernen. Diese behindern den Abbiegevorgang für KFZ. Wenn die Angebotsstreifen für Fahrräder abgeschafft würden, könnte sogar eine Rechtsabbiegespur angelegt werden. Für Fahrradfahrende stehen beidseitig Fahrradwege zur Verfügung.

Ein Bürger bittet darum, Sperrflächen neben der Auffahrt zum Netto-Parkplatz in der Friedrich-Humbert-Straße einzurichten, da dort immer sehr nah an der Einfahrt geparkt wird und somit die Sicht auf die Straße versperren, was zu gefährlichen Situationen führt.

Es liegen mehrere Anträge zum ÖPNV in Vegesack vor. Es geht u.a. um die Erreichbarkeit der Altenheime am Knoops Park sowie die Verbesserung der Anbindung der Neubaugebiete in Aumund und Beckedorf an den ÖPNV.

Herr Dornstedt erläutert, dass Bürgeranträge üblicherweise erst im Sprecher- und Koordinierungsausschuss behandelt werden, aber der Beirat hat in der Vergangenheit bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, so dass den Anträgen gefolgt werden könnte. Der Beirat schließt sich daraufhin inhaltlich einstimmig den Anträgen an.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 21. Sitzung vom 9. Februar 2017 und der 22. Sitzung vom 9. März 2017

Die Niederschriften werden wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Weitere Entwicklung der Sportanlagen Oeversberg

Herr Dornstedt berichtet, dass der Oeversberg am 12. Mai 2016 bereits zum wiederholten Mal im Beirat behandelt wurde und daraufhin ein Runder Tisch installiert wurde, der am 26. Oktober 2016 stattfand. Im Anschluss gab es im kleineren Kreis drei Vorbereitungstreffen, bevor am 12. Dezember 2016 der zweite Runde Tisch stattfand. Der Staatsrat zeigte sich damals optimistisch, dass bis Mitte 2017 ein Ergebnis vorliegt. Die Umsetzung der Planungen sollte im Haushalt 2017/2018 gewährleistet sein. Der Senator für Wirtschaft wurde aufgefordert, die erforderlichen Mittel einzuplanen.

Frau Gessner stellt den aktuellen Sachstand dar. Der Runde Tisch wurde abgeschlossen und eine grobe Lösung entwickelt.

Alle Sportanlagen sollen auf dem Oeversberg verbleiben, aber zusammen rücken und auf kleinerer Fläche konzentriert werden. So kann die JUB auf eine kleinere Fläche zurückgreifen und bekommt auf dem Gelände des Science Park weitere Flächen.

Es sind noch viele Fragen zu klären, Ziel ist es aber, eine langfristige, zukunftsfähige Lösung zu finden. Im Moment werden die Kosten für die Planungsaufgaben ermittelt. Die Bauleitplanungen müssen angeschoben werden.

Für die Finanzierung des Ganzen bedarf es eines Grundsatzbeschlusses des Senats.

Frau Precht ergänzt, dass das Sportamt ebenfalls für eine Priorisierung für den Verbleib auf dem Oeversberg steht und die JUB erst zum Zuge kommt, wenn entsprechende Flächen für den Sport geschaffen sind.

Sie hofft, dass es im Mai erste Zwischenergebnisse geben wird.

Herr Hafke lobt die Arbeit des Runden Tisches und ist über die Lösung sehr erfreut. Aus seiner Sicht war der Runde Tisch ein Erfolg. Die Gestaltungsaufgabe ist für ganz Vegesack sehr wichtig.

Herr Dornstedt ergänzt, dass alle Beteiligten Planungssicherheit benötigen. Die Sportvereine müssen anfangen können, den Sanierungsstau abzuarbeiten und brauchen eine zeitliche Perspektive.

Herr Degenhard kritisiert, dass noch keine konkreteren Planungen vorliegen und noch keine Planungsmittel beantragt wurden.

Frau Gessner wendet ein, dass im Vorfeld entsprechende Verträge mit der JUB geschlossen werden müssen. Erst dann können die Grundstücke beplant werden.

Herr Mühlner bedauert, dass der Runde Tisch beendet wurde und wünscht sich, dass die Vereine an dem Planungsprozess beteiligt werden. Die Sportvereine kennen die Grundstücke und deren Nutzbarkeit am besten.

Um z.B. die BMX-Bahn für Wettbewerbe herzurichten, müssen Baumaßnahmen vorgenommen werden, für die Fördermittel beantragt werden könnten. Aber solange kein Planungssicherheit besteht, werden natürlich keine Gelder bewilligt.

Auch Herr Kasper hält eine Beteiligung der Sportvereine für unabdingbar, denn auch die Vereinsmitglieder müssen informiert werden, damit sie den Vereinen nicht den Rücken kehren.

Herr Dornstedt fasst zusammen und unterbreitet einen Beschlussvorschlag der einstimmig angenommen wird.

Der Beirat Vegesack begrüßt, dass sowohl die Interessen des Sports als auch der Jacobs-Universität in der Planung Berücksichtigung finden.

Der Beirat Vegesack stellt fest, dass der Sport und die Jacobs-Universität Verlässlichkeit für die Zukunft benötigen.

- ***Die erforderlichen Flächen für die Ausübung des Sports sind bereit zu stellen.***
- ***Bestehende Sanierungsbedarfe sind zu befriedigen.***
- ***Die erforderliche Bauleitplanung ist auf den Weg zu bringen.***
- ***Die erforderlichen Planungs- und Realisierungsmittel müssen zeitnah bereitstehen.***
- ***Die Sportverbände und die betroffenen Sportvereine sind in dem Planungsprozess frühzeitig zu beteiligen.***

Tagesordnungspunkt 4

Sachstand Hartmannstift

Herr Dornstedt erinnert, dass Frau Meyer von Immobilien Bremen im Dezember 2014 einen Sachstandsbericht abgegeben hat und die damalige Beiratssprecherin und er als Ortsamtleiter beim Auswahlverfahren beteiligt wurden.

Im Mai 2015 stimmt der Beirat der Verkaufsausschreibung zu. In der Zwischenzeit wird das Hartmannstift als Notunterkunft für Flüchtlinge genutzt. Im April 2016 wird verabredet, dass eine Lieferung des Grundstücks ab Mitte 2017 möglich sei.

Er bittet Frau Oltmanns um den Sachstand.

Frau Oltmanns erklärt, dass sie noch keine Bilder zeigen kann, weil die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Bei der Ausschreibung ging es nicht um den zu erzielenden Höchstpreis, sondern auch die geplante Bebauung. Die Entwürfe für eine Bebauung haben einen hohen Stellenwert.

Der Stiftungsgedanke wird erhalten bleiben, der neue Investor wird den historischen Kern erhalten. Das Hartmannstift wird weiterhin erkennbar sein. Über die Zufahrt von der Albrecht-Roth-Straße aus, erreicht man eine Tiefgarage. Der Spielplatz in der Schulkenstraße wird neu geplant.

In den nächsten zwei bis drei Monaten soll der Vertrag der Deputation vorgelegt werden.

Nach Unterzeichnung des Vertrages muss entsprechendes Planungsrecht geschaffen werden, erst dann wird es Bilder von dem Vorhaben geben.

Sie wirbt um Vertrauen und Geduld und zeigt sich zuversichtlich, dass es voran geht. Eine weitere Zwischennutzung wird es nicht geben.

Herr Hafke bestätigt, dass der Investor ein hohes Interesse haben muss, denn ihm sind bisher bereits hohe Kosten entstanden. Er erinnert, dass das Gebäude und seine Nutzung Geschichte haben und freut sich, dass das Stiftungsgebäude wieder frei gestellt und durch andere Gebäude zu einem Ensemble wird.

Zunächst ist der Vorhaben- und Entwicklungsplan anzuschieben. Er geht davon aus, dass es nach der Sommerpause eine Präsentation der Pläne geben kann.

Herr Hartwig begrüßt, dass die historische Substanz erhalten wird und bittet um einen Zeit-Maßnahmenplan. Außerdem erinnert er an die Beteiligung der Nachbarschaft.

Herr Dornstedt erinnert an den Bürgerantrag aus der Nachbarschaft und bestätigt, dass eine Einwohnerversammlung stattfinden wird.

Frau Oltmanns bestätigt, dass ein ordentliches Verfahren mit allen notwendigen Beteiligungen eingeleitet wird.

Auf die Frage, nach dem Schwesternheim erklärt Frau Meyer, dass auch ein Ersatzbau zulässig ist.

Herr Dornstedt fasst zusammen und formuliert folgenden Beschlussvorschlag, der einstimmig angenommen wird:

- ***Der Beirat Vegesack stellt fest, dass es einen zügigen Fortgang der Verhandlungen zwischen Immobilien und dem Investor geben soll.***
- ***Immobilien Bremen wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, einen Zeit- und Maßnahmenplan aufzustellen.***
- ***Außerdem wird Immobilien Bremen aufgefordert, schnellstmöglich die Beschlussfassung im Haushalts- und Finanzausschuss herbeizuführen.***

- ***Das Bauamt Bremen-Nord wird aufgefordert, die erforderlichen planungsrechtlichen Grundlagen unter Beteiligung der betroffenen Nachbarschaft zu schaffen.***

Tagesordnungspunkt 5

Das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus seit der Sanierung 2012

- Programmentwicklung
- Öffnungszeiten
- Mittagstisch

Herr Dornstedt begrüßt die Gäste und auch einige Mitglieder des Vorstandes des Bürgerhausvereins. Er erinnert, dass das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus im Jahr 2012 saniert wurde und hält das heutige Thema für längst überfällig.

Herr Pörschke erklärt, dass er sich zwar nicht für befangen, aber nicht an den Abstimmungen teilnehmen wird.

Herr Degenhard hält Herrn Pörschke für befangen und fordert ein Mitwirkungsverbot nach §20 Beirätegesetz. Eine weitere Begründung wird nicht abgegeben.

Herr Dornstedt zitiert §20 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter und fragt, ob Herr Pörschke irgendwelche Vor- oder Nachteile zu erwarten hat, was verneint wird. Er stellt zur Abstimmung, ob ein Mitwirkungsverbot ausgesprochen werden soll.

Mit 10 Gegenstimmen und 3 Stimmen dafür wird das Mitwirkungsverbot abgelehnt.

Herr Prieser erklärt, welche Angebote das Kulturbüro mit seinen vier Institutionen, also dem Oberbeck-Museum, dem Kito, dem Kuba und dem Bürgerhaus, den Bürgern machen kann. Das Kulturbüro Bremen-Nord ist als gemeinnützige GmbH organisiert. Durch viele unterschiedliche Angebote wird der Stadtteil zu einem lebendigen Veranstaltungsort für Jung und Alt.

Im Bürgerhaus wird in dem hervorragend sanierten Saal ein gutes, hochwertiges Programm angeboten. Bei fast allen Veranstaltungen wird ein Kulturticket für 3 Euro für ALG 2 Empfänger angeboten, das bisher noch viel zu selten genutzt wird. Er betont, dass versucht wird, die Eintrittspreise gering zu halten.

Frau Preuschoff ergänzt, dass täglich rund 500 Menschen das Haus besuchen um an verschiedenen Veranstaltungen teilzunehmen oder sich auch einfach nur dort aufzuhalten. Mehr als 30 Gruppen haben dort ihre Gruppentreffen. Der Zirkus Tohuwabohu probt dort mit ca. 170 Kindern und Jugendlichen um im Dezember eine große Weihnachtsgala aufzuführen. Das Bürgerhaus ist ein Ort der gelebten Integration und Begegnung.

Die Beiratsmitglieder begrüßen die Entwicklung, wobei Herr Degenhard kritisiert, dass dort teilweise sehr teure Veranstaltungen stattfinden. Es kann aus seiner Sicht nicht darum gehen, Gewinn zu generieren.

Herr Dornstedt erinnert an die vorliegenden Anträge, die sich um den Mittagstisch im Bürgerhaus, um eine spürbare Reduzierung der Eintrittspreise sowie die Schließzeiten in den Ferienzeiten drehen.

Herr Prieser erklärt, dass das Küchenproblem mit Hilfe von Inklusion gelöst werden könnte. Die Küche könnte ein Bereich werden, in dem Menschen mit und ohne Behinderung zusammen arbeiten. Das wäre eine Sache, die in dem Haus noch fehlt. Er wartet im Moment auf die Zustimmung des Ressorts.

Herr Fink erklärt, dass der Mittagstisch im Bürgerhaus seit mehreren Jahren defizitär im fünfstelligen Bereich gearbeitet hat. Es dürfen keine Zuschüsse aus dem Kulturbereich in den

gewerblichen Geschäftsbereich fließen, um die Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden. Um den Menschen eine Mahlzeit anbieten zu können, wird im Moment eine Suppe und ein Salat angeboten. Der Mittagstisch darf nicht subventioniert werden, sonst würden die Gastronomen im Umfeld mit Recht klagen.

Die Küche im Bürgerhaus ist eine Profiküche die genutzt werden muss, was evtl. mit einem Inklusionsbetrieb klappen könnte.

Zu den Öffnungszeiten weist Herr Prieser darauf hin, dass das Haus in der Regel 7 Tage die Woche geöffnet ist. Es gibt lediglich eine verkürzte Öffnungszeiten über 3 Wochen im Sommer. Als Arbeitgeber hat er die Pflicht, seinen Mitarbeitern die Chance zu geben, Überstunden abzubauen und Urlaub zu machen.

Herr Sulimma verliert den Antrag der SPD und erklärt, dass der Bürgerantrag zur Reduzierung der Eintrittspreise von der SPD abgelehnt wird, weil es für ALG 2 Bezieher die Möglichkeit gibt, günstige Tickets zu erwerben.

Auch der Antrag der BIW, die Sommerschließzeiten zu reduzieren, wird von der SPD abgelehnt.

Herr Bullmahn lobt die Arbeit des Bürgerhaus-Teams. Er fragt, ob nicht Ehrenamtliche kochen wollen. Es könnte eine Kochgruppe ins Leben gerufen werden, oder man könnte ein Abo-Essen anbieten. Die Gemeinnützigkeit darf auf keinen Fall gefährdet werden.

Herr Degenhard betont, dass ein Mittagstisch ohne Zuschüsse angeboten werden muss, um den Wettbewerb nicht zu verzerren und für die ansässige Gastronomie fair zu bleiben. Er berichtet, dass es sich um eine Anfrage zu den Öffnungszeiten handelt und nicht um einen Antrag.

Er würdigt ausdrücklich die Arbeit des Bürgerhausvereins.

Der 2. Vorsitzende des Bürgerhausvereins erklärt, dass gemeinsam mit Herrn Fink an einer Lösung für den Mittagstisch gesucht wird und zeigt sich optimistisch. Er erinnert, dass das Bürgerhaus über ein großes Einzugsgebiet verfügt.

Eine Anwohnerin beklagt, dass ihr das Sozialticket nicht angeboten wurde, wünscht sich aber, dass die Preise insgesamt gesenkt werden, damit auch Geringverdiener Veranstaltungen im Bürgerhaus besuchen können.

Herr Dornstedt stellt zunächst den Antrag der SPD zur Abstimmung

Der Beirat Vegesack begrüßt ausdrücklich die programmatische Ausrichtung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses seit der Sanierung im Jahre 2012. Die Geschäftsführung wird ausdrücklich ermuntert, auf diesem Weg weiter zu machen. Das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus soll auch zukünftig ein Treffpunkt für Jung und Alt aller Bevölkerungsschichten sein.

Einstimmiger Beschluss mit einer Enthaltung. Herr Pörschke hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Darüber hinaus begrüßt der Beirat Vegesack das Ziel der Geschäftsführung, so bald wie möglich im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus einen inklusiven Mittagstisch anzubieten. Die Senatsressorts für Kultur, Soziales, Gesundheit und Arbeit werden aufgefordert, dies zu unterstützen und die hierfür ggf. erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

Einstimmiger Beschluss. Herr Pörschke hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Herr Dornstedt verliert nun den vorliegenden Bürgerantrag der mit einer Stimme dafür, drei Gegenstimmen und acht Enthaltungen abgelehnt wird.

Der Beirat Vegesack fordert eine spürbare Reduzierung der Eintrittspreise für kulturelle Veranstaltungen im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus und den anderen Einrichtungen des Kultur Büros Bremen-Nord gGmbH. Hierfür ist der Träger vom Senator für Kultur mit den notwendigen Haushaltsmitteln auszustatten.

Herr Pörschke hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die Anfrage der BIW wird zurückgezogen weil die Fragen im Laufe der Diskussion beantwortet wurden.

Tagesordnungspunkt 6

Anträge und Anfragen der Parteien

Herr Bullmahn trägt folgenden Antrag vor:

Brunnen in der Reeder Bischoffstraße

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, den Brunnen auf dem Botschafter-Duckwitz-Platz instand zu setzen und zu aktivieren. Die Kosten für die Inbetriebnahme sowie die Pflege und Reinigung des Brunnens sollen in einem detaillierten Bericht aufgelistet werden.

Herr Dornstedt berichtet, dass Erkundigungen dazu ergeben haben, dass der Brunnen immer im Winter abgestellt wird, um Frostschäden zu vermeiden. Er wird im Mai wieder aktiviert.

Herr Bullmahn zieht daraufhin den Antrag zurück.

Tagesordnungspunkt 7

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Antwortschreiben zum Antrag der SPD – Innere Sicherheit – Rechtliche Konsequenzen aus Gesetzesverstößen

Der Senator für Justiz und Verfassung teilt mit, dass ihm die besondere Verantwortung der rechtssprechenden Gewalt bewusst ist und statet die Dienststellen seines Geschäftsbereichs insgesamt so aus, dass in der Regel eine zeitnahe Strafverfolgung möglich ist. Gerade im Bereich der Strafjustiz wurde durch zusätzlich vom Haushaltsgesetzgeber bereitgestellte Mittel in den letzten beiden Jahren erheblich an Personal nachgesteuert, um eine zeitnahe Reaktion auf Rechtsverstöße ermöglichen zu können.

Bei der Reihenfolge der Bearbeitung der Verfahren sind zwingende strafprozessuale Vorschriften zu beachten. Soweit diese nicht bestehen, entscheiden die Gerichte in richterlicher Unabhängigkeit über die Dringlichkeit der Verfahren und die Reihenfolge der Bearbeitung. Dem Senator für Justiz und Verfassung ist eine Einflussnahme darauf verfassungsrechtlich verboten.

Die parlamentarische Kontrolle der Landesjustizverwaltung erfolgt ausschließlich durch den Rechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

Tagesordnungspunkt 8

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Dr. Hartwig berichtet, dass mehrere Bürger die Bürgersprechstunde besucht haben und berichtet, dass die Anliegen dem Ortsamt und den Fraktionssprechern bereits mitgeteilt wurden.

Er berichtet, dass viele Bürger verzweifelt sind, weil der ÖPNV mit seinen Optimierungsbemühungen ihre Beweglichkeit stark einschränkt. Er schlägt vor, dass der

Beirat fordern sollte, bevor es zu weiteren Optimierungsvorschlägen kommt, eine umfassende Beteiligung des Beirates und der Bürger durchzuführen.

Herr Dornstedt erinnert an den vorliegenden Bürgerantrag. Er stellt fest, dass im Regionalausschuss keinerlei Beschlüsse gefasst wurden und schlägt vor, dass der Beirat seine bereits gefassten Beschlüsse zu diesem Thema noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

Der Beirat begrüßt das Vorgehen.

Tagesordnungspunkt 9

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Degenhard wünscht den Teilnehmern der Warnemünde-Fahrt ein schönes Wochenende.

Die Sitzung endet um 22:00 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Hartwig
Beiratssprecher